

Der Oberbürgermeister:

17. JAN. 2013

1. gesehen

2. an

3.

An den
Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Herrn Peter Jung

12.01.2013

zur Weiterleitung an die Ratsfraktionen

Antrag gem. § 24 GO-NRW zur nächsten Hauptausschuss-Sitzung

Gem. § 24 Gemeindeordnung NRW i. V. m. § 4 Hauptsatzung der Stadt Wuppertal beantrage ich, der Rat der Stadt Wuppertal möge sich mit Folgendem befassen:

Stadtentwicklung in Wuppertal – nachhaltig?

Der Stadtrat möge beschließen,

1. dass Entscheidungen zB zu Stadtentwicklung und Energiewende in Wuppertal
 - a. neben betriebswirtschaftlichen
 - b. zukünftig auch **volkswirtschaftliche** Gemeinwohl-Aspekte berücksichtigen,
2. dass Stadtentwicklung auch in Wuppertal als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und zB zunächst das Bebauungsplanverfahren Dreigrenzen (z Zt. ausgesetzt wg. NRW-Veränderungssperre) durch eine extern moderierte **Bürgerwerkstatt** begleitet wird,
 - a. um **gemeinsame Ziele** der Stadtentwicklung zu diskutieren und zu formulieren,
 - b. sie konsensfähig durch Wirtschaft, Politik und Verwaltung aber auch **gemeinsam** mit Wissenschaft und Bürger/innen, (weiter) zu entwickeln und
 - c. gemeinsam mit und für **Bürger/innen** als „Partner auf Augenhöhe“ umzusetzen,
3. dass bei Projektierung auch die **Langfristfolgen** für betroffene Stadtbezirke sowie die Gesamtstadt über einen Zeitraum von zB 30 Jahren mit einbezogen werden,
 - a. d. h. dass dabei eine (Gesamt-)Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt wird
 - b. insbesondere inklusive zu erwartender (zB CO₂-) Umweltbelastungen
 - c. wie auch zu erwartender InfrastrukturFOLGE- und UmweltFOLGEkosten
4. und dies für sämtliche - auch in Planung oder Umsetzung befindliche (Bau)Projekte gilt.

Zur Begründung meines Antrags:

nehme ich beispielhaft Bezug auf Ihnen bekannte –und zumindest für Bürger/innen höchst unerfreuliche Fehl-Entwicklungen in den Stadtbezirken W-Oberbarmen, -Barmen & -Vohwinkel:

- Mehr-Umweltbelastungen im Stadtrandbezirk W-Nord (Oberbarmen/Nächstebreck),
- das ehemalige Stadtzentrum W-Oberbarmen wird zum Spielhallen-/Wettbüroparadies,
- „Billig-Verkauf“ verändert schleichend die gutbürgerliche Fußgängerzone W-Barmen,
- W-Vohwinkel verliert attraktive (Fach)Geschäfte und wichtige Freizeiteinrichtungen und
- „A46-ähnliche“ Mehr-Umweltbelastungen in W-Ronsdorf durch nicht getunnelte L419

Mögen Sie in/nahe zB den beiden Zentren W-Oberbarmen/Vohwinkel heute gerne leben?
Besuchen Sie diese „Nebenzentren“ bitte selbst und betrachten sie diese mit offenen Augen.

In W-Nord „steuern“ Sie mit bereits realisierten sowie in Umsetzung und Planung befindlichen Großprojekten der letzten vier Jahre ebenfalls auf eine geballte Fehlentwicklung zu. Fast automatisierte Produktion mit nur wenig „manpower“ und – auswärtige - Schwerlastverkehr-Transporte des Asphaltwerks verursachen Mehr-Umweltbelastungen und sichtbare Folgen auch HIER auf öffentlichen Straßen. Wird der Investor für die Beseitigung dieser Folgen aufkommen? Fließen Mehr-Umweltbelastungen W-Nord stadtseits bereits in die LRP-Fortschreibung 2013 ein?

Stadtentwicklung, Energiewende, Bürgerengagement etc. – bedingen sich m.E. gegenseitig.

Als in den Bereichen Natur-, Umwelt und (Erneuerbare) Energien engagierte Wuppertalerin frage ich mich zu Entwicklungen/Planungen/zur Ansiedlung zB von Neu-Investoren stets:

- Erfolgt(e) dies zu Lasten der Restlebensqualität im Bezirk lebender Bürger/innen?
- Gereicht(e) dies der Gesamtstadt Wuppertal/dem Gemeinwohl langfristig zum Vorteil?
- Welche Veränderungen der letzten Jahre werteten/werten o.a. Stadtteile auf?
 - Wie erfolgte dies unter dem Aspekt regionaler Wertschöpfung, die langfristig die kommunale Haushaltslage finanziell entlasten würde und durch qualifizierte Arbeitsplätze, intakte Umwelt/Natur und Mehr-Lebensqualität allen zugute käme?
- Welche Rahmenbedingungen schafft(e) die Lokalpolitik, zur Aufwertung o.a. Stadtteile?
- Ob/Was wurde zur Attraktivitätssteigerung dieser Bezirke als Teil der Gesamtstadt Wuppertal für hier lebende Bürger/innen, Neubürger/innen und Besucher/innen getan?
 - Ob/Wie wurden/werden Bürger/innen dabei einbezogen?
 - Falls ja, wie erfolgte dies in der Vergangenheit bzw. ist dies zukünftig geplant?
 - Ob/Womit können sich Bürger/innen in diesen Stadtteilen (noch) identifizieren?
 - Ob/Wofür können/dürfen Bürger/innen Verantwortungsbewusstsein entwickeln?

Aktuelles „downgrading“ kann von Politik und Verwaltung unmöglich unbemerkt bleiben. WER wird dies verantworten? WIE bitte steuern Politik/Verwaltung aktiv dagegen? WANN erfolgt dies endlich mit Bürger/innen als wichtigstes Potential einer Kommune zur Hebung bisher ungenutzter Chancen im Stadtbezirk/der Region **g e m e i n s a m** zB bei der Energiewende

- a. durch Vergabe geeigneter kommunaler Dachflächen vorrangig an – hiesige genossenschaftliche – Bürgerprojekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien und
- b. weiter gebündelte Anreize/Information zur energetischen Gebäudesanierung?

Dieses Potential zu heben, dazu wollen sich auch **HIER Bürger/innen** inhaltlich und finanziell engagieren und einen Beitrag zu **regionaler Wertschöpfung** leisten. Erfahren wir dafür von Politik und Verwaltung überhaupt Beachtung/Wertschätzung und bestenfalls Unterstützung?

M.E. entscheiden Wuppertaler Politik/Verwaltung zu sehr allein nach Prognosen des Investors. Vorausschauend aber wäre, diese betriebswirtschaftlichen Prognosen des Investors durch eigene volkswirtschaftliche Prognosen zu Folgewirkungen für das **hiesige Gemeinwohl** zu ergänzen.

Dazu zählen zB aus dem geplanten Großprojekt in W-Nord möglicherweise folgende Aspekte

- zur *Einnahmeerhöhung des Investors* mögliche (weitere) Kaufkraftabsaugung und Verödung der Zentren, die angesichts negativer Folgen landesplanerisch nicht gewollt ist,
- zur *Ausgabenminimierung des Investors* mögliche (neue) Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich, die aber dann aus öffentlichen Sozialtöpfen (und somit von uns allen) auf Hartz-IV-Niveau aufgestockt werden müssen (Aufstocker/innen).
- zur *Gewinnmaximierung des Investors* nach außen wenig transparente grenzüberschreitende Konzernstruktur und Gestaltungspotential mit nicht kalkulierbaren Finanz(ab)flüssen verbunden mit nicht kalkulierbaren kommunalen (Mehr-)Steuern.
- *für uns alle zu erwartende Natur- & UmweltBELASTUNGEN nebst FolgeKOSTEN* zB
 - durch Vernichtung von Wald und Gewässer im raumplanerischen „Gewerbegebiet“, das heute noch parkähnliches Gelände mit natürlicher Entwässerung bietet,
 - Mehr Lärm-/Luftbelastungen & Verschleiß durch (doppeltes) Verkehrsaufkommen.

In W-Nord kommt m.E. noch erschwerend hinzu, dass es wahrlich bessere Alternativen gäbe,

- als den über vier Jahrzehnte etablierten, überregional geschätzten – stets auf Naturerhalt, Kunst & Kultur und gute Nachbarschaft bedachten – Geschäftspartner durch Entzug der Planungsgrundlage zu verdrängen anstatt mit ihm gemeinsam für unsere ZUKUNFT wichtiges, regionales Vernetzungspotential im Bereich BauEnergieKompetenz zu nutzen
- und Brache/Leerstand im raumplanerischen Ergänzungsgebiet mit guter Infrastruktur und interkommunalem branchenbezogenem Bündelungs-/Entwicklungspotential nicht zu reaktivieren.

Würden volkswirtschaftliche (Folge-)wirkungen auf das Gemeinwohl einbezogen, könnten wir hier weitere Fehlentwicklungen vermeiden und langfristig gemeinsam beste Lösungen finden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung,

die Bilanz meiner an Sie/den Rat W'tal gerichteten inzwischen sieben BürgerAnträge enttäuscht. Entweder wurden diese Ihrerseits gar nicht erst zum Beschluss zugelassen oder im Rat nach nur wenigen Wortbeiträgen (meist von Stadtverordneten der Opposition) mehrheitlich abgelehnt. Dies mag an ungeschickten Formulierungen meinerseits liegen aber wohl auch an einer auf mich „erstarrt“ wirkenden Wuppertaler Ratsarbeit, in der Wenige die Kern-Entscheidungen vorgeben.

Vielleicht wäre ein erstes, zur praktischen Umsetzung für ALLE rasch **sichtbares Zeichen**, dass Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung (heute reine Bürgerinformation über dem Grunde nach längst erfolgte Entscheidungen) endlich zusammengeführt werden und sich Wuppertaler Lokalpolitik und Bürger/innen sodann für gemeinsame ZukunftsZiele einsetzen (dürfen)? Ist das nicht auch der eigentliche politische Auftrag, den wir als Wähler/innen „unseren“ (Lokal)Politikerinnen erteilen? Sollten (Lokal)Politiker für oder gegen Bürgerwille entscheiden?

Die Serie meiner BürgerAnträge begann ich Mitte 2011 und setz(t)e sie regelmäßig fort – bis wir (Politik und interessierte Bürger/innen) endlich einen echten offenen Dialog z. B. zu o.a. Projekten/den Themen Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr starten (wie wir diesen im Bereich Natur/Umwelt-Gesamtstadt zumindest begonnen haben), um zusammen – auch mit Bürger/innen-Expertise - „unsere“ Stadt wieder l(i)ebenswert zu machen – gemeinsam für ALLE!

Heute appelliere ich erneut an Sie/die Stadtverordneten für einen – insbesondere konstruktives bürgerschaftliches Engagement zur Stadtentwicklung unterstützenden - politischen Beschluss und verbleibe mit besten Grüßen

.....
[Redacted]
[Redacted]